Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint täglich außer Feiertags. Bezugspreis monatlich 4,50 Mk., bei der Post 4,60 Mk., ohne Bestellgeld. Anzeigenpreise: 1 mm hohe, 35 mm breite Zeile 35 Pfg. Wohnungs- und Stellengesuche 30 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß il. Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassenrabatt und erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen, gerichtlichen Klagen u. Nichtbeachten der gemachten Zahlungsbedingungen.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde

Westhofener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" gewährt ihren Abonnenten für jeden mit Tod endenden Unfall gemäß ihren Bedingungen 300 Mark Unfall.

Druck u. Verlag v. Carl Braus, Schwerte (Ruhr)

Fernsprecher 62. Telegramm-Adresse: Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonto 2852 Dtm.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 93. Mittwoch, den 21. April 1920. 53. Jahrgang.

Der Aufmarsch der Parteien.

Berlin, 19. April. Die gegenwärtigen Tage sind für den Aufmarsch der Parteien zur Wahl sehr beachtenswert. In Berlin tagte Samstag und Sonntag der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei, dessen Verhandlungen heute noch fortgesetzt werden. Ebenso tagte der Parteiausschuß der deutschen Volkspartei. Die deutsch-nationalen Blätter veröffentlichten am Morgen bereits die Grundsätze der deutschnationalen Volkspartei, unter denen nach allgemeinen Leitgedanken, die in der Hoffnung ausklingen, daß bald die Zeit kommen möge, wo „die heilige Flamme vaterländischer Begeisterung die müde gewordenen Herzen und trägen Geister entzündet, wo der feurige Idealismus der Jugend sich in männlicher Tat stärkt und in der nationalen Einheit eines geläuterten Volkes unter den alten Reichsfarben das Kaiserreich der Zukunft erwächst", in zwölf Abschnitten die einzelnen Parteiforderungen formuliert werden, an deren Spitze die Befreiung Deutschlands von fremder Zwangsherrschaft durch Aenderung des Versailler Vertrages steht. Die monarchistische Staatsform entspreche der Eigenart des deutschen Volkes. Das deutsche Gesamtinteresse erfordere ein unzerstückeltes Preußen. Neben der Volksvertretung wird eine Vertretung verlangt, die auf einem nach Berufen gegliederten Aufbau der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit beruht. Weiter wird Umgestaltung des Beamtenrechts verlangt, allgemeine gleiche Wehrpflicht und Wiedererrichtung einer deutschen Flotte. Zum Schluß heißt es dann: „Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewußt wird und sich von fremdem Einfluß freihält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein. Deshalb kämpfen wir gegen jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Oeffentlichkeit.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei tagte am Sonntag im Abgeordnetenhause, wo Stresemann die politische Lage behandelte. Auch er verlangt eine Kammer der Arbeit, die aber das politische Parlament nicht zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken dürfte. Weiter verlangt er eine Versöhnung Individualismus und Sozialismus, also anscheinend eine Art von Planwirtschaft, bei der nach den Zeitungsberichten ein Weg nicht angegeben wurde. Vielleicht denkt Dr. Stresemann da an den Umweg über die Verbände und Syndikate. Dem Verlangen nach einer Versöhnung von Individualismus und Sozialismus fügte er hinzu, daß diese Versöhnung notwendig sei. Alle diejenigen Parteien, welche die Versöhnung wollen, wozu auch die Sozialdemokraten gehören, müssen sich von denen trennen, welche die Diktatur des Proletariats herbeiwünschen. Voraussetzung für eine Besserung in der Zukunft sei jedoch die Revision des Friedens von Versailles. Stresemann wandte sich dann zu den Putschversuchen und meinte, die Haltung der Deutschen Volkspartei zum Kapp-Putsch sei von Anfang an die richtige gewesen. Bemerkenswert ist dann noch, daß sich Stresemann entschieden gegen eine Verschmelzung nach rechts wandte, man solle mit den Deutsch-nationalen jedoch gute Fühlung halten. Der Wahlkampf müsse geführt werden unter der Parole: „Der Feind steht links!"

Der demokratische Parteiausschuß, nächst dem Parteitag die oberste Parteiinstanz, tagte am Samstag und Sonntag im Reichstage. Der Vorsitzende des Vorstandes Dr. Friedberg hat in einem Schreiben mitgeteilt, daß er vom Amte des Parteivorsitzenden zurücktrete. Die Leitung übernahm der zweite Vorsitzende Dr. Petersen, welcher die leitenden Gesichtspunkte der Politik der letzten Monate darlegte, während Abg. Ruschke die praktischen Richtlinien zur kommenden Wahl entwickelte. Die Marschlinie müsse lauten: „Gegen jede Diktatur von rechts oder links!" In den Parteikampf treten wir aber in erster Linie als Partei und nicht als Koalition. Die nationalen Gegenwartsfragen seien: Revision des Friedensvertrages, Herstellung der Reichseinheit auf der Grundlage der Selbstverwaltung, Schaffung eines großen deutschen Reiches und Schutz vor weiterer Zerstückelung des Reiches. Diese Fragen seien nur durch demokratische Politik zu lösen und deshalb sei heute mehr als je national und demokratisch identisch. Die Richtlinien für den Wahlkampf seien: „Gegen jede Diktatur von rechts und links für die Erhaltung der Privatwirtschaft, für eine soziale Demokratie und für einzig mögliche nationale Politik!"

—ooOoo—

Generalstreik um deutsch zu bleiben.

Durch die deutsche Presse geht zurzeit die Nachricht, daß in Eupen-Malmedy, sowie in dem in den letzten Tagen gleichfalls vielgenannten Kreise Monschau ein zweitägiger Generalstreik als Demonstration gegen die Belgier in Eupen-Malmedy gegen die von den Belgiern mit brutaler Rücksichtslosigkeit unternommenen Versuche, die Abstimmung zu einer lächerlichen Farce zu machen und in Monschau gegen eine ebenso rücksichtslose Vergewaltigung durch die interalliierte Grenzfestsetzungskommission. Das Schicksal von Eupen-Malmedy und Monschau ist im Anfang April auch Gegenstand einer dringlichen Note der Reichsregierung an die Entente gewesen, und es wird jetzt auch die Nationalversammlung in einer hoffentlich entsprechenden Form beschäftigen. Vielleicht erfährt das deutsche Volk dabei auch, daß die deutsche Bevölkerung der erwähnten Kreise seit Monaten einen Verzweiflungskampf um ihr Deutschtum kämpfen, wie er schwerer kaum zu denken ist, und vielleicht wird dem deutschen Volke auch endlich klar, daß nichts verkehrter ist als der Glaube, Eupen und Malmedy seien schon verloren. Die letzte Entscheidung liegt gewiß beim Völkerbundsrat, dem man wohl, ohne ihn zu beleidigen, mehr ententistische, als deutsche Gesichtspunkte unterstellen darf, aber auch er kann doch nicht einfach über so schwerwiegende Tatsachen hinweggehen, wie die, daß im ganzen Kreise Eupen noch nicht einmal 100 Wallonen wohnen und im Kreise Malmedy der wallonische Einschlag noch nicht einmal ein Sechstel der Gesamtbevölkerung beträgt. Außerdem haben die 9000 Wallonen in Malmedy bisher wenig Begeisterung für Belgien an den Tag gelegt. Die nationale Zugehörigkeit beider Kreise zum deutschen Reich steht also außer jeder Frage, und da dem so ist, hat man in Versailles die schändliche Bestimmung ausgeheckt, daß die Listen für die Abstimmung öffentlich ausgelegt werden. Damit ist von vornherein unter dem mitleidlosen Regiment der Belgier jeder für vogelfrei erklärt, der es wagt, sein Deutschtum offen zu bekennen. Und in der Tat sind solche Bekenner in großer Zahl den schlimmsten Schikanen und den schwersten wirtschaftlichen Schädigungen unterworfen worden. Sie erhalten keine Reisepässe, Kaufleute weder Einfuhr- noch Ausfuhrerlaubnis und anderes mehr, was den glatten Ruin herbeiführen soll. Und trotzalledem — die Gleichgültigen in Deutschland müssen dadurch tief berührt werden — trotzdem hat sich die Bevölkerung von Eupen-Malmedy nicht unterkriegen lassen. Unter den Augen der belgischen Behörden ist es zu dem Generalstreikbeschluß gekommen, und sein Ziel ist hoch und bedeutsam: er soll von dem unerschütterlichen Willen der dortigen Bevölkerung Kunde geben und zeigen, daß sie nichts von der Zuteilung an Belgien wissen will. Im übrigen Deutschland aber sollte man sich an die Brust schlagen und sich inne werden, was hier im Dienste der deutschen Sache geleistet wird, und in welchem schmählichen Verhältnis dazu die bisherige Anteilnahme des deutschen Volkes gestanden hat. Die Stimme Deutschlands muß sich mit dem Verzweiflungsruf aus Eupen-Malmedy und Monschau vereinigen, damit endlich die ganze Welt ihn hört.

—ooOoo—

Die Lage in Nordschleswig

Der dänische Ministerpräsident empfing eine Abordnung von dänischen Nordschleswigern, die ihm eine Petition über die Internationalisierung der zweiten Zone überbrachte. Der Ministerpräsident erklärte u. a.: Es ist undenkbar, daß ein Geschäftsministerium in einem Augenblick, wo die nordschleswigsche Frage wie ein Signalfeuer von Wahlkreis zu Wahlkreis leuchtet und sich das ganze Volk in wenigen Tagen um die Wahlurne versammelt, jetzt für eine bestimmte Regelung der nordschleswigschen Frage sich festlegt.

Die Machenschaften der dänischen Chauvinisten sind grenzenlos. Kaum hatte die Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone den klaren und deutlichen Entscheid zu Gunsten Deutschlands erbracht, wurden die „Volksdemonstrationen und -kundgebungen" inszeniert und vor allem die Kampfparole „Flensburg" ausgegeben. Da die Regierung Zahle den Agitatoren keine verbindliche Erklärung abgeben konnte — sie wollte dem Spruch der Internationalen Kommission nicht vorgreifen und blieb an ihn gebunden — und weil sie nach Ansicht der dänichen Nationalisten vor und während der Abstimmungsperiode noch nicht skrupellos genug in Mittelschleswig agitiert hatte, schritt man zum Staatsstreich. Zahle wurde gestürzt, Liebe und schließlich Friis folgten sich in wenigen Tagen an der Spitze des Ministeriums. Mittlerweile hat man nun anscheinend mit Hilfe der Internationalen Kommission eine neue Basis für die schleswigsche Frage gefunden: sie heißt: „Internationalisierung der zweiten Zone". Also Land und Volk, das nach seinem unzweifelhaften Willen deutsch bleiben will, versucht man zu internationalisieren und den Schlingen einer internationalen Entente- und Dänenclique auszuliefern. Ein Plan würdig der Selbstbestimmungsapostel vom Geiste Versailles und der dänischen Agitatoren! Wer irgendwelchen Zusammenhang mit dem nordschleswigschen Lande hat, weiß, wie ungeheuer dort das Propagandadänentum Haß und Verunglimpfung gegen alles Deutsche sät. Er weiß auch, wie von diesem schon lange hinter den Kulissen die Frage der „Internationalisierung" Flensburgs aufgeworfen wurde, für den Fall, daß es mit der Abstimmung „schief" gehen sollte. Damit ist es nun gründlich schief gegangen — für die Dänen. Was man nun nicht ganz mit Haut und Haaren schlucken kann, soll den dänischen Annexionisten wenigstens als Abschlagszahlung gereicht werden. Wenn auch der neue Ministerpräsident Friis den fanatischen Heißspornen hierzu noch keine genauen und festen Versprechungen geben konnte und wollte, so zeugt das ohne allen Zweifel davon, daß auch in Dänemark die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es scheint, daß die Internationalisierungspläne auch dänischerseits starken Widerstand finden. Daß sie einem England zur Verfolgung seiner notorischen Küstenlandpolitik und Botmäßigmachung Deutschland sehr in den Kram passen würden, ist wohl anzunehmen. Deutschland und das deutsche Volk wird darauf aber nur eine Antwort haben: den am 14. März bekundeten Willen des schleswigschen Volkes.

—ooOoo—

Die Entwaffnung Deutschlands.

Im englischen Unterhause führte Kriegsminister Churchill auf eine Anfrage, über die deutschen Waffenbestände wörtlich folgendes aus: Nachstehende Mengen deutscher Geschütze sind der Interalliierten Militärkommission als fertig zur Zerstörung gemäß dem Artikel 169 des Friedensvertrages angegeben worden: 6500 Feldgeschütze, 2500 Feldhaubitzen und 5000 schwere Geschütze, dazu kommen 4125 Geschütze und Haubitzen in den Festungen an der Süd- und Ostgrenze, die Deutschland bestehen lassen darf. Die Kommission hat die deutsche Regierung benachrichtigt, daß von den Geschützen in diesen Festungen nur diejenigen bestehen bleiben dürfen, die eingebaut seien, der Rest, etwa 3800, müsse der Kommission ebenfalls zur Zerstörung abgeliefert werden. Wenn diese Geschütze ausgeliefert sind, wird Deutschland rund 17 800 Geschütze abgegeben haben. Die Kommission beaufsichtigt jetzt die Zerstörung des Artilleriematerials, das von der deutschen Regierung angegeben worden ist; bis das erledigt ist, kann unmöglich die Zahl und das Kaliber der Geschütze genau angegeben werden, die in Deutschland für Kriegszwecke vorhanden bleiben. Deutschland darf nach dem Friedensvertrag 288 Kanonen und Haubitzen haben, dazu Kanonen in den Festungen an der Süd- und Ostgrenze, endlich Kanonen in den Küstenbefestigungen an der Nordsee und Ostsee östlich vom 16. Längengrade. Das Luftministerium schätzt die Zahl der Flugzeuge, die jetzt in Deutschland vorhanden sind und in verhältnismäßig kurzer Zeit zu Kriegszwecken verwendbar gemacht werden können, auf 15 248. Nach Artikel 198 des Friedensvertages darf die bewaffnete Macht Deutschlands keine militärischen oder Marineflugzeuge einschließen. Alle deutschen Flugzeuge werden jetzt vernichtet und von der Interalliierten Kommission untersucht, die endgültig bestimmen wird, welche davon als militärische oder Marineflugzeuge zu gelten haben. Diese werden dann von der Kommission übernommen werden." Auf eine Anfrage, ob die Kommission so schnell wie möglich vorgehen werde, damit Deutschland nicht diese gewaltige Menge von Flugzeugen zur Verfügung habe, antwortete Churchill: „Die Arbeit wird möglichst beschleunigt, aber die Abgabe wurde erst nach der Ratifikation des Friedens rechtskräftig. Seitdem ging die Erledigung der Sache flott vor sich, bis die neue Revolution kam. Jetzt bessert sich die Lage wieder." Auf eine weitere Anfrage erklärte der Kriegsminister: „Ich habe lange Unterredungen mit unserem Vertreter in der Kommission, General Bingham, gehabt, und es ergab sich, daß keine absichtliche Widerspenstigkeiten auf deutscher Seite in der Ausführung dieses Teiles des Friedensvertrages vorliegt. Nicht hier liegen augenblicklich die Verzögerungen, sondern in der Schwierigkeit der Sache selbst. Die deutsche Regierung hat uns ein Verzeichnis der Waffen gegeben, die sie in ihrem Besitz hat, und der vollen Zahl der Geschütze. Ich bin gewiß bereit, daß der Weg, den die englische und französische Regierung verfolgen, zur Entwaffnung Deutschlands führen wird."

—ooOoo—

San Remo.

WTB Amsterdam, 20. April. Laut „Algemeen Handelsblad" melden „Times" aus San Remo: Bei der ersten Besprechung der Ministerpräsidenten am Sonntag abend, die sich auf den Versailler Vertrag bezog, ergaben sich drei verschiedene Auffassungen. Die Franzosen wollen den Vertrag voll und ganz zur Anwendung bringen, die Italiener sind für weitgehende Abänderungen. Lloyd George will die Ausführung des Vertrages der jeweils gegebenen Lage anpassen. Laut „Times" sollen Lloyd George und Nitti in vollkommener Uebereinstimmung handeln.

TU Mailand, 20. April. Der Berichterstatter des „Popolo d'Italia" versichert, daß die Vorbesprechung unter den Ententeministern auf der Konferenz in San Remo einen äußerst erregten Charakter gehabt habe. Nach einem 2½stündigen Verlauf wurde sie plötzlich abgebrochen. Die Journalisten, die in der Halle des Hotels warteten, konnten in der Tat kurz vor 8 Uhr Lloyd George und Millerand gleichzeitig herauskommen sehen, wobei sie, ohne daß gesprochen worden wäre, das Auto bestiegen ohne Grußauswechselung und trotz der Gegenwart einer zahlreichen Menge.

England und Frankreich finden sich.

EU Paris, 20. April. Nach dem „Petit Parisien" hat sich am Schluß der Sitzung am Nachmittag das Gesicht Millerands, das am Morgen sorgenvoll war, aufgehellt. Die bevollmächtigten Minister haben sich gestern verpflichtet, Schweigen zu bewahren. Jedenfalls wäre es verfrüht, zu behaupten, daß der französische Ministerpräsident und Lloyd George einig gehen, nicht allein, was die Besetzung der Meerengen und der Grenze von Thrazien und Turkestan betrifft, sondern auch bezüglich der deutschen Frage. Der Korrespondent des Blattes in San Remo telegraphiert, daß die Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson in korrektem Tone abgefaßt ist, aber der Tatsache Rechnung trägt, daß die Vereinigten Staaten nicht nur niemals der Türkei den Krieg erklärt haben, sondern auch ablehnt, verantwortlich zu sein an den Maßnahmen, die durch die Folgen des Vertrages notwendig würden. Mit einem Wort, die Anregung Wilsons wird nicht befolgt werden.

—oOOo—

Die Verteuerung der Post

In der Sitzung des Reichsrates wurden die neuen Postgesetze und Verordnungen angenommen. Der braunschweigische Gesandte v. Boden berichtete über die Verhandlungen der Ausschüsse. Er wies auf den ungeheuren Fehlbetrag der Postverwaltung hin, der für 1919 1½ Milliarden betrüge und für 1920 auf 2½ Milliarden geschätzt werde. Würden die Beschlüsse des Unterausschusses der Nationalversammlung zur Besoldungsreform Gesetz, so würde sich der Fehlbetrag für 1920 vielleicht auf drei Milliarden steigern. Die Ausschüsse seien übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß eine Gesundung der Finanzen der Post nur dann zu erreichen wäre, wenn neben diesen Erhöhungen der Gebühren eine zielbewußte und programmatische Einschränkung der ganzen Ausgaben auf persönlichem Gebiete einherginge, also eine Verminderung des Gesamtpersonals vorgenommen würde. Trotz der Erhöhungen würde aber auch immer noch ein Fehlbetrag von mindestens einer Milliarde ungedeckt bleiben, darum sind die Ausschüsse in einigen Punkten noch über die in den Vorlagen über die Postgebühren vorgeschlagenen Sätze hinausgegangen und man hofft, davon noch einen Mehrertrag von mindestens 100 Millionen Mark zu erreichen. Das Porto für Postkarten soll auf 30 Pfg. erhöht werden, für einfache Briefe auf 40 und für Briefe bis zu 250 Gramm auf 60 Pfg. Die Sätze für Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden verdoppelt. Auch die Paketgebühren, die Postanweisungsgebühren und die Gebühren für Zeitungen sind erheblich erhöht worden. Für Telegramme ist der Unterschied zwischen Orts- und Ferntelegrammen beseitigt. Die Ortsgebühr ist auf 20 Pfg. festgesetzt und die Mindestgebühr für ein Telegramm auf 2 M. Die Fernsprechgebühren erfahren durchgehend eine Erhöhung um 100 Prozent bei ganz großen Netzen noch darüber hinaus. Die Ausschüsse haben sich auch trotz manchen Bedenken damit einverstanden erklärt, daß von allen Fernsprechteilnehmern ein besonderer Gesprächsbeitrag in Höhe von 1000 für jeden Hauptanschluß und von 200 Mark für jeden Nebenanschluß geleistet werden soll. Auf Anregung des bayerischen Gesandten von Preger erklärte Postminister Giesberts, daß der bayerische Vorschlag, die Fernsprechämter mit mechanischen Zählern auszurüsten, mit allem Nachdruck praktisch erprobt werden solle. Postminister Giesberts bemerkte, die Verwaltung sei sich der ungeheuren Belastung des Verkehrs wohl bewußt. Nur die Not, in der wir uns befänden, rechtfertige die Erhöhungen. Er sprach die Hoffnung aus, daß diese Erhöhungen erzieherisch wirken werden und der Zeitpunkt komme, wo man in Deutschland einsehe, daß die Geschichte nicht so weiter gehe, wenn wir nicht in den Abgrund kommen wollen. Angenommen wurde weiter eine Aenderung der Postordnung, wonach auch die Nebengebühren, die auf den Verwaltungsweg verwiesen sind, entsprechend den gesetzlich festgelegten Sätzen erhöht werden.

Weiter wurde angenommen eine Aenderung des Postgesetzes dahin, daß der bisherige Ersatz von 3 M. für das Pfund verloren gegangener Sendungen auf 10 Mark erhöht wird. Sämtliche neuen Postgesetze und Verordnungen sollen am 1. Mai in Kraft treten.

Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf über den Uebergang der Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs an das Reich zu. Bayern erhält für die Aufgabe seiner eigenen Postverwaltung vom Reiche 620 Millionen und Württemberg 250 Millionen Mark. Außerdem sind beiden Staaten gewisse Zugeständnisse auf organisatorischem Gebiete für die Zusammensetzung der Behörden zugestanden worden.

—oOOo—

Gefangenenaustausch mit Rußland.

Unterzeichnung des Abkommens.

Wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, sind die seit Wochen zwischen der Reichsregierung und dem Vertreter Sowjetrußlands, Wigdor Kopp, geführten Verhandlungen über die gegenseitige Heimbeförderung der Kriegsgefangenen noch gestern nachmittag zu Ende gebracht worden. Das Abkommen ist für die Reichsregierung vom Staatskommissar Abg. Stücklen, für Rußland von Kopp unterzeichnet worden. Nach dem Vertrag beginnt die Auslieferung der Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Ratifikation des Vertrages durch die beiden Regierungen. Eine zwangsweise Rückführung ist nicht beabsichtigt. In Deutschland befinden sich gegenwärtig noch 90 000 russische Kriegsgefangene, in Rußland rund 20 000 deutsche Kriegsgefangene. Es soll zu erwarten sein, daß die ersten Transporte aus Rußland noch im Monat Mai in Deutschland eintreffen.

—oOOo—

Die Warnung des Verbandes.

Berlin, 20. April. Die Geschäftsträger von Frankreich, Großbritannien, Italien und Belgien übergaben heute dem Minister des Aeußern folgende gleichlautende Note: Angesichts der jüngst umlaufenden Gerüchte über die Möglichkeit eines neuen militärischen Staatsstreiches haben die Regierungen von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, die gegen jeden antidemokratischen Anschlag sind, ihre Geschäftsträger ermächtigt, dem Minister des Aeußern zu erklären, daß die Regierungen, eine deutsche Regierung, die nicht geneigt sein würde, den Friedensvertrag auszuführen, in keiner Weise billigen könnten und daß jede Erneuerung einer revolutionären Bewegung ebenso wie jeglicher Ausbruch von Unruhen nur das Ergebnis haben könnte, die Maßregel zur Begünstigung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Verpflegung Deutschlands hinauszuschieben oder sogar unmöglich zu machen, während doch die verbündeten Regierungen versprochen haben, derartige Maßregeln ins Auge zu fassen.

—oOOo—

Die Bewachung des früheren Kaisers.

Amsterdam, 20. April. Einer Reutermeldung zufolge sagte gestern in seiner Unterhausrede Bonar Law auf eine Anfrage über die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers und anderer „Kriegsverbrecher" und darüber, ob die Weigerung Hollands, den Kaiser auszuliefern, endgültig angenommen sei: „Die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers war der Gegenstand eines Notenwechsels zwischen dem Obersten Rat und den Niederlanden. Die niederländische Regierung ist nicht in der Lage gewesen, der Forderung der Verbündeten zu willfahren. Sie hat aber die völlige Verantwortung für die zuverlässige Bewachung der Person des Kaisers, die Kontrolle seiner Korrespondenz und seiner Beziehungen nach außen übernommen. Zu diesem Zwecke hat sie ihm die Provinz Utrecht als Aufenthaltsort angewiesen. Auf weitere Fragen erwiderte Bonar Law, die Tatsachen seien wohlbekannt. Die Verbündeten hätten ihr Bestes getan, um die holländische Regierung zu einem anderen Vorgehen zu veranlassen. Sie hätten damit keinen Erfolg gehabt. Sie würden nicht Gewalt gebrauchen. — Laut „Telegraaf" sagte Bonar Law auf eine weitere Frage, ob die anderen „Kriegsverbrecher" auf dieselbe Manier entkommen, das folgere nicht daraus.

—oOOo—

Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung schloß sich in den heute beendeten Beratungen über den Entwurf einer Verordnung betreffend den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat dem Beschluß des Unterausschusses an. Danach besteht der vorbereitende Reichswirtschaftsrat aus 336 Mitgliedern in folgender Zusammensetzung:

68 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft,
6 Vertreter der Gärtnerei und Fischerei,
44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens,
68 Vertreter der Industrie,
44 Vertreter des Verkehrs und der öffentlichen Unternehmungen,
36 Vertreter des Handwerks,
30 Vertreter der Verbraucherschaft,
16 Vertreter der Beamtenschaft und der freien Berufe,
12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertraute Persönlichkeiten (zu ernennen vom Reichsrat) und
12 von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Personen, die durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sind.

—oOOo—

Die Lage im Industriegebiet.

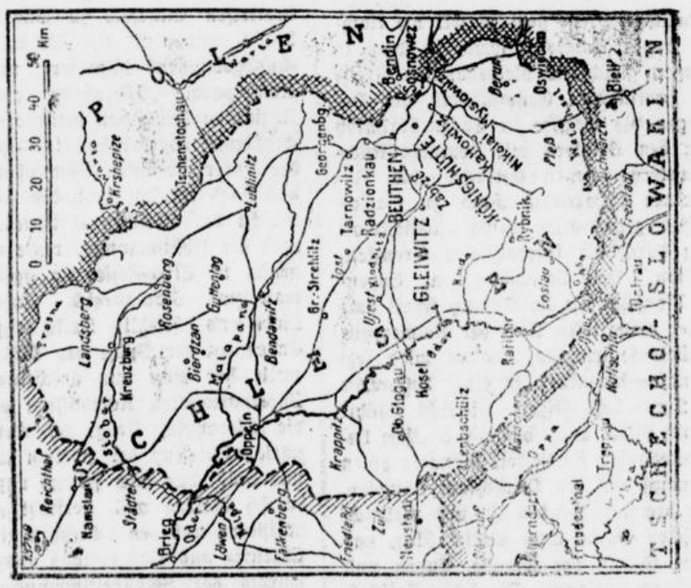
Die Waffenabgabe in Elberfeld-Barmen.

Barmen, 20. April. Wie gemeldet wird, ist die Waffenabgabe in Elberfeld-Barmen doch in größerem Umfange erfolgt, als man anfänglich angenommen hatte. Von einer roten Armee könne man nicht sprechen, alle Nachrichten hierüber seien leere Gerüchte, die von den beteiligten Stadtverwaltungen entschieden zurückgewiesen werden.

Wir bezweifeln gar nicht, daß eine Waffenabgabe in größerem Umfange erfolgt ist. Die Stadtverwaltungen können aber nicht beurteilen, wieviel Waffen in das von der Reichswehr nicht besetzte Gebiet eingeschleppt worden sind. Die Organisationen für eine neue rote Armee werden natürlich geheim betrieben; äußerlich ist sicher alles in schönster Ordnung.

Essen, 20. April. Der für die Waffenabgabe erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten ist nicht genügendem Maße Folge gegeben worden. Es

Zur kommenden Volksabstimmung in Oberschlesien



Taifun.

Roman von Heinz E'Mons.

37) (Nachdruck verboten.)

In der Wohnkabine des Holdayschen Ehepaares saß der Steuermann der „Jane Jansen" den Eltern seines toten Vaters gegenüber, und auch Frau Else war mit im Kreis. Noch bei seiner Abreise von Europa lag es in der Absicht Herrn Holdays, dem Großvater nur mit höflicher Gemessenheit entgegenzutreten.

Doch das starre Eis, mit dem er sein Herz künstlich gepanzert hatte, konnte schon bei der ersten Begegnung nicht standhalten vor dem warmen, herzgewinnenden Feuer, das aus Lord Holdays Augen seinen Weg in des Enkels Seele fand. Es schmolz dahin wie Märzenschnee, und es hätte nicht erst der zärtlichen Bemühungen Lady Holdays und Frau Elses bedurft, um den Enkel in heller Begeisterung für das großherzige Paar aufflammen zu lassen.

Mit zusammengezogenen Brauen hatte der Gouverneur der kurzen Schilderung gelauscht, die Holday von dem Schiffbruch des „Adler", von den Tagen in Chuchutai und von der Schreckensfahrt an Bord der Dschunke entwarf.

„Es ist klar," warf er ein, und das helle Feuer höchster Entrüstung brannte unter seiner Stirn, „der Bube ging nach einem sorgfältig angelegten Plan zu Werk. Möge er im Jenseits einen gnädigen Richter gefunden haben. In Colombo werde ich seine mitgeführte Leiche in aller Stille beerdigen lassen; damit wird diese Episode für mich erledigt sein. Eine wichtigere Frage harrt ihrer endgültigen Ordnung, und ich hoffe, bei ihrer Regelung auf deiner Seite volles Verständnis zu finden."

Fast gebieterisch richtete der Gouverneur die Imperatoraugen auf den Enkel. Wie spielend flackerte bei jeder seitlichen Neigung des Schiffes ein Sonnenstrahl über die glänzende Seidentapete der Kabine.

Eine atemlose Stille war eingetreten, die nur unterbrochen wurde durch das leise Knarren der bei den Bewegungen des Schiffes in ihren Fugen ächzenden Möwen.

„Das Gleiche erhoffe ich auch von dir. Ich bin erzogen für meinen heutigen Beruf und würde mich nicht schicken können in mir völlig fernliegende Verhältnisse. Bei deinem Bruder und dessen Sohn ist das direkte Gegenteil der Fall. Du selbst stärktest seit zwei Jahrzehnten in ihnen den Gedanken, daß sie die einstigen Träger deines Titels seien. Wäre es nicht grausam, ihnen den Hoffnungsbecher nun plötzlich von den Lippen zu reißen? Gib ihnen also das, als dessen rechtmäßige Erben sie sich schon lange betrachten. Ich begnüge mich mit dem bescheidenen Teil, den das englische Gesetz dem Zweitgeborenen zuweist."

Wie gedankenlos blickte Lord Holday durch das kreisrunde, messinggefaßte Fenster der Kabine auf das Getümmel der im Sonnengold sich spreizenden Wogen.

Das war die zweite Niederlage, die sein Stolz erlitt innerhalb weniger Wochen. Erst der Tag von Changwuping, nun die selbstbewußte Zurückweisung seitens des Enkels. Eine Sinnesänderung, das wußte er, war bei dem völlig ausgeschlossen. Der war ein echter Holday, und deren Art war dem Lord nur zu wohl bekannt.

„Du hast recht," entgegnete er schließlich. „Du wurzelst in anderem Erdreich als ich und deine Vettern. Doch deine Natur und deine Besinnung sind darum nicht weniger vornehm und edel. Verfolge den einmal eingeschlagenen Pfad, ruhig weiter, mein Junge. Er führt auf den Gipfel des Lebens. Das eine nur bitte ich mir aus. Sei mit deiner Familie in jedem Jahre einige Wochen hindurch auf Waterhill Castle unser Gast. Stolze Erinnerungen verknüpfen sich mit jedem Raume dieses, unseres Stammsitzes. Sie werden dir ein Ansporn sein auf deinem ferneren Lebensweg, und vielleicht lebt sich auch deine werte Vetternschaft veranlaßt an die ein Beispiel zu nehmen, wie das aussieht, was ich nur, leider vergeblich, als Erbe meines Namens gewünscht hatte — ein wahrer Holday."

Bewegt streckte er dem Enkel die Rechte entgegen.

„Willst du deinen alten Großeltern wenigstens dies versprechen? Dann schlage ein, mein Junge, und ich will zufrieden sein mit dem spärlichen Abglanz eines im Nebel verschwundenen Glücks."

Wortlos beugte sich der Steuermann nieder und küßte des Greises aristokratische Hände.

„Ich will es und ich hoffe, der Himmel wird dir noch so viele Jahre bescheren, daß du an der Frucht erkennst, daß der neue Seitenzweig deines Geschlechts dem Stamme keine Unehre macht."

13. Kapitel.

Des Vorfrühlings lichtgrüne Seidenfahnen wehten im Park von Waterhill Castle, als die jüngeren Holdays nach einigen sehr amüsant verlebten Wintermonden von London nach dem efeuumsponnenen Meeresschloß zurückkehrten. Die Nachricht von den Ereignissen in Heiwangho hatten ihr Ansehen und ihren Kredit aufs neue gefestigt, und zuversichtliche Hoffnung schwellte ihre Brust.

Baronet Holday allerdings war einige Tage in gedrückter Stimmung umhergegangen, hatte viel Kognak getrunken und an das tragische Ende seines Großneffen wehmütige Betrachtungen geknüpft.

„Es gibt eben nichts Vollkommenes unter der Sonne," meinte er trübselig zu seinem Sohne. „Das Schicksal ist der größte Harlekin aller Zeiten. Den deutschen Vetter läßt es der todbringenden Schlinge eines Verrückten zum Opfer fallen, just in dem Moment, wo er sichs in dem warmen Nest behaglich machen will. Mir hält es die fetteste Erbschaft vor die Nase, die innerhalb der letzten Jahrzehnte in den vereinigten Königreichen gemacht wurde, in der gleichen Minute aber beraubte es mich des Vergnügens, meine Manichäer einladen zu können, mit den mir abgeschwindelten Schuldverschreibungen den Kamin zu heizen. Es ist eine —"

Leider brachte Baronet Holday den begonnenen Satz nicht zu Ende, und das weitere Ergebnis seines Philosophierens ist der Mit- und Nachwelt unbekannt geblieben. Sir Henry aber fand es am geratensten, noch vor dem völligen Ende der Saison mit seinem, in der letzten Zeit ein bedenkliches Interesse für den Alkohol bekundenden Erzeuger nach dem Landsitz der Holdays überzusiedeln.

Es war Lord Dongwood wirklich gelungen, ihm einen unbedeutenden und einstweilen unbezahlten Posten im Staatsdienst zu verschaffen, und dieser Umstand, in Verbindung mit der späteren Anwartschaft auf die Peerswürde hatte wenigstens nach außen hin einen gewissen Sinn für das Gentlemanlike in ihm geweckt.

Vielleicht spielte auch der Einfluß Lady Greeners in diesem Entschluß. Sie begann vor Jahresfrist den Faden zu spinnen, aus dem die Haltetaue geschlagen waren, in denen das Glück der jüngeren Holdays nun so sicher hing, als sei es mit dem Himmel selber unlösbar verkettet. Sie verkörperte die treibende Kraft bei allen Unternehmungen und führte auch weiter die Zügel mit einer Energie und Tatkraft, die man ihren kleinen weißen Fäusten niemals zugetraut hätte. Sie war die geistige Führerin in dem unsauberen Kampf um diese Erbschaft; der Sieg hatte sich an ihre lichtscheuen Panniere geheftet und ihr damit ein für allemal gegenüber den beiden Holdays eine Stellung gesichert, die sie rücksichtslos ausnützte.

(Fortsetzung folgt.)

sind heute bei Haussuchungen Waffen gefunden worden, und es mußten infolgedessen Ueberweisungen an das außerordentliche Kriegsgericht stattfinden.

—ooOoo—

Zur Aufklärung über die Sicherheitspolizei.

Weil es Deutschland durch die §§ 42 und 43 des Friedensvertrages untersagt ist, von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab im Raume von 50 Kilometer rechts des Rheines ständig oder zeitweise Streitkräfte zu unterhalten, deshalb ist zur Hilfe der Polizei in diesem Raume die „grüne" Sicherheitspolizei gebildet worden.

Aufgabe dieser Polizei war und ist es, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und die vom Volke eingesetzte Regierung zu schützen.

Der Aufruf des Oberpräsidenten von Westfalen, dem die Sicherheitspolizei für Rheinland und Westfalen unmittelbar unterstellt ist, gab bereits am 14. März volle Klarheit über die Stellung der Regierungsbeamten der Provinz, also auch der Sicherheitspolizei, für die Regierung Ebert-Bauer.

Die Sicherheitspolizei ist keine militärische Einrichtung. Daher untersteht sie nicht den Militär-, sondern den Zivilbehörden, dem Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten.

Die weitverbreiteten Nachrichten, daß diese Polizei nicht immer auf dem Boden der rechtmäßigen Regierung gestanden habe, daß sie reaktionär sei, ist ein Irrtum, dem nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann. Wenn irregeleitete Menschen durch schwere Störung der Ruhe und Ordnung die Sicherheitspolizei zum Eingreifen und zur Abwehr von Angriffen gezwungen haben, so fällt die Schuld für das geflossene Blut braver, pflichttreuer Männer auf die Ruhestörer. Diese tragen auch die Verantwortung für die, infolge dieser Kämpfe naturgemäß steigende Verhetzung der Bevölkerung, die sich beim Herausziehen der Sicherheitspolizei aus dem Industriegebiet entgegen den durch Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen in heimtückischen Angriffen und Ueberfällen aus dem Hinterhalt Luft gemacht hat.

Es muß betont werden, daß vorher die Sicherheitspolizei in den Städten, in denen sie Dienst getan hat, ihre Aufgaben zur vollen Zufriedenheit der Bevölkerung unparteiisch erfüllt hat.

Mögen alle Volkskreise erkennen, daß die Polizei es ist, die Leben und Eigentum, Handel und Wandel zu schützen die schwere Aufgabe hat.

—ooOoo—

Aus Stadt und Land.

** Schwerte, 21. April.

** **(Der Streit um den 1. Mai als Feiertag.)** Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beantragte in der Nationalversammlung, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag der Arbeit zu machen. Die demokratische Fraktion hat beschlossen, diesen Antrag abzulehnen.

** **(Außerkurssetzung der Silbermünzen.)** Bereits seit längerer Zeit ist der Plan erwogen worden, die bisher geltenden Silbermünzen, die ja doch nicht mehr im Verkehr erhältlich sind, völlig außer Kurs zu setzen. Der Plan wird jetzt durchgeführt werden. Eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums, die bereits die Zustimmung des Reichsrats und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses gefunden hat, bestimmt, daß die ½-Mark-Stücke, 1-Mark-Stücke, 2-Mark-Stücke und 5-Mark-Stücke, sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Mark-Stücke einzuziehen sind; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. — Bis zum 1. Januar 1921 werden diese Münzen bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Kassenscheine und Darlehnsscheine umgetauscht. — Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherte und andere als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte, sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung. — Mit dieser Verordnung sind also von nun ab sämtliche Silbermünzen außer Kurs gesetzt. Die Annahme der Silbermünzen zu dem bisher festgesetzten Preise durch die dazu bestimmten Stellen bleibt jedoch vorläufig bestehen.

** **(Deutschlands Diehlieferungen.)** Die deutschen Diehlieferungen an Frankreich betragen bisher 10 000 Schafe, 4000 Ziegen, 4000 Rinder und 1400 Pferde, die von der französischen Regierung im Wiederaufbaugebiet verteilt wurden. In den nächsten beiden Monaten soll der Rest der Lieferung zum Abschluß kommen.

** **(Die Zentrumspartei)** hat für Freitag abend 8 Uhr im Nordstern (Kordeck) ihre Mitglieder zu einer wichtigen Besprechung eingeladen. Die Versammlung wird sich mit den politischen Ereignissen und dem kommenden Wahlkampf eingehend befassen.

** **(Einreise in das besetzte Gebiet.)** Ueber die Einreise in das besetzte Gebiet bestehen noch vielfach Unklarheiten. Nach den Bestimmungen der Interalliierten Rheinlandkommission genügt zur Einreise in das besetzte Gebiet der deutsche Reisepaß oder ein sonstiges amtliches Papier (mit Lichtbild versehen), mit dem das Betreten und Bereisen des gesamten besetzten Gebietes innerhalb der französischen, englischen, amerikanischen u. belgischen Zone ohne weiteres gestattet ist. Zur Einreise in das Saargebiet bedarf es einer besonderen Genehmigung. Gesuche hierfür sind an den Abschnittskommandeur 4 der neutralen Zone, Frankfurt a. M., Taunusanlage 9, zu richten.

** **(Evangel. Frauenverein.)** Morgen (Donnerstag) nachmittag nimmt der evangelische Frauenverein nach den Osterferien seine Arbeit im ev. Gemeindehause wieder auf. Die Mitglieder sind herzlich eingeladen.

** **(Gegen den Wucher mit Tabak.)** Die Bekämpfung des Wuchers mit Zigarren, Zigaretten und Tabakwaren hat sich die Bezirkspreisprüfungsstelle in Düsseldorf besonders angelegen sein lassen. Sie hat sämtliche Polizeiverwaltungen und Preisprüfungsstellen auf den umfangreichen Handel mit diesen Waren hingewiesen. Vielfach werden Zigaretten unverzollt und unversteuert meist zu fast denselben Preisen wie verzollte Waren gehandelt. Zoll und Steuer fließen in die Tasche des Händlers oder Schiebers. Es soll deshalb eine eingehende Prüfung aller Klein- und Großhandlungen vorgenommen werden. Der Handel mit Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabak ist nur mit besonderer Handelserlaubnis gestattet, mit Ausnahme der kleineren Handelsbetriebe, die unmittelbar an Verbraucher absetzen. Wenn aber diese kleinen Geschäfte an Wiederverkäufer verkaufen, müssen sie im Besitz der Handelserlaubnis sein.

** **(Gerechte Strafe.)** Der erst 19 Jahre alte Fabrikarbeiter Friedrich Br. und der 19jährige Klempner Gustav Josef Kl., beide von hier, hatten sich gestern vor dem Hagener Schwurgericht wegen eines am 28. Februar 1919 begangenen Verbrechens gegen den Paragraphen 177 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Die Frage nach mildernden Umständen wurde von den Geschworenen bezüglich des ersten Angeklagten verneint, während sie bei dem zweiten Angeklagten in bejahendem Sinne beantwortet wurde. Der Strafantrag der Staatsanwaltschaft lautete gegen Br. auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und gegen Kl. auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Die Verteidiger setzten sich für die Angeklagten für die gesetzlich zulässige Mindeststrafe ein. Das Gericht verurteilte Br. zu 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und Kl. zu 1 Jahr Gefängnis. Bei beiden Angeklagten tritt die Untersuchungshaft in Anrechnung.

** **(Für unsere Hausfrauen.)** Der heutige Wochenmarkt war bedeutend besser beschickt, als die Märkte der Vorwochen; die Preise haben sich jedoch trotz des größeren Angebotes wenig oder gar nicht geändert. Weiße und Spinat kosteten 1,50 Mark das Pfund, Stielmus 1 M., Butterkohl 1,20 Mark, Grünkohl 80 Pfg., Rhabarber 60 Pfg., Radieschen Bd. 30 Pfg., Fische mußten mit 2,80 bezw. 3,60 M. bezahlt werden.

** **Westhofen,** 20. April. (Vermißt) wird seit zwei Wochen die 11jährige Schülerin Else Bullerkotte vom Ebberg hierselbst. Das Mädchen ist von mittelschlanker Statur und hat hellblondes Haar; es war bei seinem Fortgange zuletzt bekleidet gewesen mit einem dunkelblauen gestrickten Mantel mit gelben Aermel- und Halsaufschlägen, ohne Kopfbedeckung und trug schwarze Schnürstiefel und Halbstrümpfe. Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib des Kindes werden an die hiesige Polizeibehörde erbeten.

** **Hengsen,** 20. April. **(Drei Räuber)** trieben in der Nacht vom 16. zum 17. ds. Mts. an der Brauckstraße hier ihr Unwesen. Mit Revolvern bewaffnet drangen sie in das Haus eines kleinen Landwirts ein und eigneten sich unter Drohung mit Revolvern eine nicht geringe Summe Geldes, 2 Schinken und andere Gold- und Silbersachen an. Hoffentlich bekommen die frechen Personen ihren verdienten Lohn für diese dreiste Tat.

—ooOoo—

Aus den Provinzen.

* **Herne,** 20. April. **(Grubenunglück.)** Bei der Abgabe von Sprengschüssen wurden, wie der „Herner Anzeiger" berichtet, auf der Zeche Recklinghausen 1 der Bergmann Heinrich Möller getötet. Der Steiger Simon Scholl und der Bergmann Hermann Künneke wurden lebensgefährlich verletzt.

* **Gelsenkirchen,** 20. April. **(Gestohlen)** wurden für 50 000 Mark Bargeld und Gegenstände aus der Privatwohnung der Witwe Haller, Kaiserstraße 12. Der Diebstahl geschah am hellen Tage, während die Frau im Geschäft weilte.

* **Oberhausen,** 20. April. **(Festnahme des Vollzugsrates.)** Auf Befehl des Militärbefehlshabers sind mit einer einzigen Ausnahme sämtliche Mitglieder des ehemaligen Vollzugsrats von Oberhausen verhaftet worden, nämlich der Vorsitzende, Rechtskonsulent Johann Spaniol, sein Sohn, ferner der Stadtverordnete Feldermann und sechs andere. In einem Lastauto wurden die Leute Freitag nachmittag nach Wesel transportiert. Es ist festgestellt worden, daß sich in Oberhausen während der Herrschaft des Vollzugsrats 80 Bahnberaubungen, 25 schwere Raubüberfälle, 50 zwangsweise Requirierungen ereignet haben. Nach vorsichtiger Schätzung ist dadurch ein Schaden von vier bis fünf Millionen Mark entstanden.

* **Trier,** 20. April. **(Die beleidigten Gäste.)** Der Stadtverordnete Kommerzienrat Rautenstrauch, der in einer Stadtverordnetensitzung das Verhalten der französischen Besatzungsbehörde in der Einquartierungsfrage einer scharfen abfälligen Kritik unterzogen hatte, wurde zu 14 Tagen Gefängnis und zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt.

—ooOoo—

Schützt unsere Eichen!

Mit Recht wies vor einiger Zeit der „Hann. Cour." bereits in einer Zeitschrift auf die Gefahr hin, die den alten knorrigen Eichenriesen unserer niedersächsischen Heimat droht. Tatsächlich werden in geradezu erschreckender Menge in unseren westfälischen Dörfern herrliche Eichen verkauft und gefällt, um als Bau- oder Brennholz verwertet zu werden. So wurden dieser Tage auf dem Pfarrhofe zu Sinstorf acht große Eichen durch den Kirchenvorstand zum Gesamtpreise von 19800 M. verkauft. Eine von diesen erzielte die geradezu unerhörte Summe von 11800 M. Rechnet man hierzu noch das Aufgeld, die Kosten der Abholzung, der Abfuhr und der Zerlegung, so stellt sich dieser eine Baum auf rund 13000 M. und darüber.

Tut es denn wirklich not, daß diese schönen uralten Eichen zu Geld geschlagen werden? Die knorrigen Eichen, das Sinnbild deutscher Kraft und Stärke, bilden eine ganz besondere Zierde unserer niedersächsischen Bauernhöfe. Jahrhunderte hindurch sorgten unsere Altvorderen dafür, daß um die stolzen Bauernhöfe hübsche Eichenhaine standen. Sie sind aber nicht gepflegt worden, damit spätere Geschlechter sie schnöder Gewinnsucht wegen abhauen. Nein, sie sollen für alle Zeiten Haus und Hof beschatten, die Gebäude vor Blitzschlag bewahren. In heidnischen Zeiten waren die Eichen sogar dem Donnergotte Thor oder Donar geweiht. Und heute? Heute „weiht" man sie der „Gottheit" Mammon, aber in anderer Weise. Wandert man jetzt einmal durch die Dörfer Niedersachsens, so kann man überall die stolzen Eichenhaine gelichtet sehen, ja sie sind oft sogar ganz und gar verschwunden. Und das alles des schnöden Mammons wegen! In einem Dorfe wurden vor kurzem u. a. auch die stolzesten Eichenbäume eines großen Bauernhofes gefällt und verkauft. Als die alte Mutter den Sohn und Hofinhaber bat, doch den großen Baum vor der Tür stehen zu lassen, da sie so gern im Sommer unter seinem Schatten säße, wurde ihr zur Antwort: Mudder, dat verstehst du nich, jetzt ist grad Tied, keiner weit, ob de Böhm mal wedder so dür wardt. Obwohl die Mutter einwandte, daß man schon Geld genug besäße und das jetzige Papiergeld doch nichts wert sei, fiel doch der stolze Baum der Habgier des „klugen" Sohnes zum Opfer.

Geht es so weiter mit dem Abschlag, so werden bald unsere Dörfer kahl und öde daliegen. Unser herrliches Landschaftsbild wird elendiglich zerstört. Was fleißige Hände vor Jahrhunderten geschaffen, das köstliche Erbteil der Ahnen und Urahnen, wird ein schnödes Opfer der jetzigen Gewinnsucht. Und wo bleibt das knorrige Holz? Schieber und Wucherer sorgen dafür, daß es ins Ausland wandert. Unser armes Deutschland wird auch dieses Gutes beraubt zum Nutzen unserer Feinde. Darum, ihr deutschen, ihr westfälischen Bauern! Ueberlegt euch, bevor ihr einen solchen Eichbaum, den eure Ahnen gepflanzt und gepflegt haben, dem Tode weiht: Ob ihr mehr Segen und Gewinn haben werdet, wenn ihr den Erlös für das Holz, die schmutzigen Geldscheine bekommt, oder wenn ihr ihn für eure Kinder und Kindeskinder erhaltet. Denkt dabei auch an das niedersächsische Dichterwort:

So lange noch die Eichen wachsen,
Zu aller Kraft um Hof und Haus,
So lange stirbt in Niedersachsen
Die alte Stammesart nicht aus!

—ooOoo—

Letzte Drahtmeldungen.

Eigener Depeschendienst.

Der Etat im Hauptausschuß.

TU Berlin, 21. April. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses machte der Reichsfinanzminister Angaben über die Gestaltung des Reichshaushalts. Danach wird der ordentliche Staatsetat mit 27 Milliarden Ausgaben und 25 Milliarden Einnahmen abschließen. Wenn die Senkung der Lebensmittelpreise nicht mit Milliarden bezahlt werden müßte, so würde sich rechnungsmäßig kein Fehlbetrag ergeben. Ueber das Finanzprogramm des Ministers verlautet, daß er die Ausgestaltung des Staatssozialismus plane in der Art einer Beteiligung des Reiches an einzelnen zu Verbänden zusammengeschlossenen Industriezweigen.

Ein Ruck nach links.

TU Ludwigshafen, 21. April. Von 48 neu zu wählenden Stadträten entfielen bei der gestrigen Wahl auf die demokratische Partei 4, die Unabhängigen 12 (bisher im Stadtrat nicht vertreten), die Deutsche Volkspartei 5, das Zentrum 7 und die alte sozialdemokratische Partei 12.

Entspannung der Lage in Pommern.

TU Berlin, 21. April. In Pommern hat sich die Lage wieder im allgemeinen ruhig gestaltet, so daß in den meisten Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Unstimmigkeiten bestehen nur noch auf einzelnen Gütern. Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, liegt über die Tätigkeit der Militärkommission, die zwecks Prüfung und Beurteilung der Sachlage in Pommern nach Stettin entsandt worden war, nunmehr ein Bericht im Reichswehrministerium vor. Dieser Bericht soll sobald wie möglich der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die polnischen Demonstrationen an der oberschlesischen Grenze

TU Breslau, 21. April. Die Demonstrationen polnischer Truppen an der Grenze Oberschlesiens werden immer noch fortgesetzt, obwohl durch das besonnene Verhalten der oberschlesischen Arbeiter die Möglichkeit zu Provokationen und zum Einmarsch der Polen beseitigt ist. In den polnischen Bezirken von Czenstochau, Lodz und Kalisch ist die allgemeine Mobilisierung angeordnet worden. Diese bezieht sich aber vermutlich nur auf die bedrängte Lage Polens an der bolschewistischen Front.

Die Besetzung der ersten Zone.

TU Kopenhagen, 21. April. Aus Hadersleben wird gemeldet, daß die Besetzung der ersten Zone wahrscheinlich noch in dieser Woche stattfinden wird.

Das Hotel „Imperial" wieder frei.

TU Frankfurt (Main), 21. April. Das Hotel „Imperial", das bei der Besetzung Frankfurts als Hauptquartier ausgewählt worden war, ist wieder vollständig freigegeben worden.

Dr. Kapp.

TU Kopenhagen, 21. April. Nach einer Meldung aus Stockholm wird Dr. Kapp vorläufig in Gerichtsgewahrsam gehalten. Ueber die Möglichkeit seiner Auslieferung wird vielleicht ein Meinungsaustausch zwischen der schwedischen und der deutschen Regierung stattfinden.

Hermann Sudermann und sein Drama „Heimat"

von Heinz Deutscher.

(Zur Aufführung des Werkes am 25. April „Im Reiche des Wassers" mit Magda Werth-Maikranz in der Hauptrolle.)

Als am 27. November 1889 im Berliner Lessingtheater sich der Vorhang zum letzten Male schloß vor einem enthusiasmierten Publikum, da war man sich in den Kreisen derer, welche ein Verständnis für die deutsche dramatische Literatur hatten, darüber einig, daß der Dichter des eben aufgeführten Schauspiels „Ehre" ein würdiger Nachfolger unseres Dichterheros Schiller — selbstverständlich im Rahmen seiner Eigenart — werden würde. Wenn auch Hermann Sudermann, der am 30. September 1857 geborene Sprößling einer ostpreußischen Familie, diese Erwartungen nicht in vollstem Maße erfüllte, so hat er durch seine in 1—2jährigen Zeitabständen erschienenen dramatischen Werke bewiesen, daß er unter den deutschen Dramatikern mit an erster Stelle genannt werden muß. Schon vor Aufführung seines dramatischen Erstlingswerkes war man auf den großen Erzähler Sudermann aufmerksam geworden, der insbesondere durch den in seiner Heimat spielenden Roman „Frau Sorge" viele Verehrer der erzählenden Poesie für sich gewonnen hatte. Immermehr aber mußte man einsehen, daß der Dramatiker Sudermann bei weitem den Erzähler übertraf. Was jedoch den Dramatiker Sudermann besonders auszeichnet, das ist sein besonderes Talent, seine Werke bühnenwirksam aufzubauen. Der Konflikt zweier in ihrer Weltanschauung gegensätzlicher Charaktere wird in einer den Beobachter geradezu fesselnden Weise ausgetragen.

In seinem Drama „Heimat", welches seine glanzvolle Uraufführung am 7. Januar 1895 im Lessingtheater zu Berlin erlebte, entfaltete Sudermann seine dramatischen Talente in höchstem Maße. Es ist darum leicht erklärlich, wenn es eins der beliebtesten und erfolgreichsten Werke unserer dramatischen Literatur geworden ist. Ja, wir dürfen noch weiter darüber hinausgehen und behaupten, daß es eins der besten Werke der modernen Weltliteratur ist, was sich dadurch beweisen läßt, daß es an fast allen Bühnen des Auslandes zur Aufführung gelangte. Erste Künstlerinnen ihres Faches haben die führende weibliche Rolle mit besonderer Vorliebe gemimt und so den Ruhm der „Heimat" durch die ganze Kulturwelt getragen. Die glanzvolle Bühnensprache Sudermanns, der geistreiche überaus geschickt geführte Dialog, die, außer in der Person des Keller, der jedoch als Charakterzeichnung ein Kunstwerk für sich ist, allen sympathisch erscheinenden Menschen — in des Wortes edler Bedeutung — die bis zum Schluß fesselnde und sich stetig steigernde Handlung, lassen es begreiflich erscheinen, daß „Heimat" auch heute noch an allen Bühnen und in allen Kreisen eine außerordentliche Zugkraft ausübt, die bei keinem anderen Werke dieses erfolgreichen Dichters auch nur annähernd vorhanden ist.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Fried. Kraus. Druck und Verlag: Carl Kraus, beide in Schwerte.

Statt Karten.

Käthe Richter
geb. Keienburg
Jos. Schulte
Verlobte. 2371

Hohensyburg — Westhofen
April 1920.

Ihre am Sonntag vollzogene Vermählung geben bekannt:

Rudolf Hengstenberg
Erna Hengstenberg
geb. Kreutz 2370

Westhofen, den 21. April 1920.

Statt besonderer Anzeige!

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am Montag, den 19. ds. Mts., nachm. 5 Uhr, nach längerem, mit christlicher Geduld ertragenem Leiden, meinen innigstgeliebten Mann, unsern treusorgenden Vater, unsern lieben Sohn, Bruder, Onkel, Schwager und Vetter, den

Res.-Lokomotivführer

Johann Schmücker

im blühenden Alter von 35 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Schwerte, Rösenbeck b. Ringelstein, den 20. April 1920.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. 4. 1920, nachm. 4 Uhr vom Sterbehause, Westwall 4, aus statt.

Das Seelenamt ist am 23. 4. vorm. 7 Uhr in der Pfarrkirche zu Schwerte. 2380

Bekanntmachung.

Die Herstellung eines Kanals auf der Ostseite der Hörderstraße zwischen Friedhofstraße und der Tiemesmannschen Besitzung soll in einem Lose öffentlich vergeben werden.

Zeichnung, Angebotsformulare und Bedingungen liegen im Stadtbauamt Zimmer Nr. 24 des neuen Rathauses zur Einsicht offen.

Angebotsformulare und Bedingungen können von da zum Preise von 2.— Mark pro Stück bezogen werden.

Versiegelte und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis spätestens Montag, den 26. d. Mts., vormittags 10 Uhr, dem Stadtbauamt einzureichen.

Schwerte, den 20. April 1920.

2381 Der Magistrat.

Freiwilliger Verkauf.

Am Donnerstag, den 22. April, nachmittags 3 Uhr, werde ich in Westhofen, am Hause Hochstraße 27, folgende Sachen gegen bar versteigern:

1 Wäscheschrank, 2 Spiegel, 1 Garderobenständer, 1 Vorratsschrank, 1 Stehpult, mehrere Gartenbänke, 1 Kindertisch, 2 Kokosläufer, 1 Liegestuhl, 3 Reisekoffer, 1 Waschständer, 1 Bügelbrett, 1 Partie Porzellan und Schüsseln, Kuchenformen, mehrere eiserne Kochtöpfe und Pfannen, und sonstige Haus- und Küchensachen.

2365 Heinr. Böcker, Versteigerer.

2364

Wirte-Einkaufs-Genossenschaft.

Es ist **Kognak** auf Lager.

Papier-Abfälle

sowie alte Geschäftsbücher zum sofortigen Einstampfen kauft zu den höchsten Preisen

Julius Neuhaus

Telephon 458. 2372

Auf Wunsch erfolgt Abholung.

Gegen Katarrhe

EMS Emser Wasser

M.-G.-V. „Flügelrad".

Zur Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes

Johann Schmücker

tritt der Verein am Donnerstag nachm. 3½ Uhr im Vereinslokal Milberg an. 2383

Allseitige Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Gesangprobe: Mittwoch 7 Uhr.

Falke - Heilweise

Vertreter:
K. Brinkmann
Schwerte, Schulstr. 2.

Rat und Hilfe in allen Krankheiten.

Sprechzeit: **Mittwoch von 9 Uhr morgens bis 4½ Uhr nachm. Erste Sprechstunde am 28. April.** 2361

Einf. Zimmer

f. zwei Maurerpoliere, ev. m. Kost, desgl. f. Arbeiter in Schwerte od. Nähe der Hauptwerkstätte gesucht.

Angeb. an Schmidt & Rietze, Elberfeld. 2328

Junger ordentl. Mann findet sauberes

Logis

mit Kost. 2366

Wo, sagt die Geschst.

Maurer und Arbeiter 2223

f. den Hochbau eines Verwaltungsgeb auf d. Hauptwerkstätte i. Schwerte suchen

Schmidt & Rietze.

Kleine Meister m einigen Maurern für Arbeit in Schwerte suchen 2221

Schmidt & Rietze
Elberfeld.

Tüchtige
Weißnäherin
für einige Wochen gesucht
Zu erfragen in der Geschäftsst. 2384

14—15 jähriges
Mädchen
am liebsten vom Lande für alle Hausarbeit gesucht.

Frau oder Mädchen
zum Flaschenspülen gesucht.
2378 Hagenerstr. 13

Junges Mädchen
welches zu Hause schlafen kann, für kleinen Haushalt gegen hohen Lohn u. gute Behandlung sofort gesucht
2367 Wo, sagt die Geschst.

Eine stille Verehrerin
Glückwunsch erhalten, bitte Angabe der näheren Adresse und Treffpunkt unter „Herzklopfen" an die Geschst. d. Ztg. 2374

Klavier und Harmonium
Stimmen, Reparaturen, Aufpolieren.
Gendrong
Schwerte 1432
Brückstrasse 9.

Bettnässen! Befreiung sofort! Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst (187
Julius Köstler, Radeberg bei Dresden, Ilse 242y Obse.

Lepain III. Teil
6 Akte grösster Spannung
ab Freitag
Lichtspiele zur Reichskrone. 2377

Wilh. Hohrath Tel. 845 Dortmund
Burgwall 8

Größtes Lager Westdeutschlands in:
Pianos, Flügel, Harmoniums und Phonola - Klavierspielapparaten.
General-Vertretung der anerkannt führenden Weltmarken:
Steinway & Sons, Ibach, Hupfeld, Hofberg.
Vorführung bereitwilligst ohne Kaufzwang.
Stimmungen. 8029 Reparaturen.

Eine gute Drucksache

Durch eine saubere und wirkungsvoll ausgeführte Drucksache haben Sie stets der Konkurrenz gegenüber einen Vorsprung. . . . . .

Geschmackvolle Geschäftsdrucksachen liefert schnell die Buchdruckerei Carl Braus
Schwerte, Große Marktstraße 3—5.

---

die beste Empfehlung!

Carl Kühl
Salz-Niederlage der Saline Königsborn.
Preis steigt! 2341
Hausbrandkohlen
direkt von der Zeche frei vors Haus liefert prompt 2456
E. Homel.



Erhalte heute eine Sendung
Oldenb. Schweine
und werden dieselben billigst verkauft.
Stommel, Ergste.

Zement, Wasserkalk, Weißkalk, Erbsenreifer, Bohnenstangen vorrätig 2339
E. Homel, Schwerte.

Neues 2387
Chaiselongue
zu verkaufen.
Zu erfragen i. d. Geschst.

Wand.-Bleche
mit Löchern verkauft
Meyer, Westhofen
Hellwegstr. 2388

Sie beziehen von uns billige vorzügliche
Pfeifen-, Mutzen- und Zigaretten Tabake
Zigarren, Zigaretten
Nordhäuser Kautabake.
Maschwitz & Ostermann
Hagenerstr. 1. 2219

Wenig getragener
Gehrock-Anzug
(Friedensware) umständehalber zu verkaufen. 2385
Zu erfr. in der Geschäftsst.

---

4 Meter w.
Voile-Stoff
nen, preiswert zu verkaufen
Zu erfr. in d. Geschst. d. Ztg. 2363

Zu verkaufen:
Fast neue Badewanne
Zink
Gasofen, 2 Flammen
Damenhut, weiß.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 2375

Küchenherde
neu, abzugeben 2376
W. Höllscher, Ergste.

Hühneraugen
Hornhaut, Warzen u. Ballen beseitigt man schnell, sicher u. schmerzlos mit
Kukirol In vielen tausend Fällen glänzend bewährt.
Preis 2 Mk. Allein echt.
536 Max Mehlhose.

---

la. Tafel-Senf
la. Tafel-Essig
gesalz. Rotkohl
Delik.-Sauerkraut
Salzgurken
Obstmus 1 Pf. 8.50 Mk.
eingetroffen. 2374
D. A. Hesse.

Alte 2380
Gemüsepflanzen
Stiefmütterchen und andere Blumen
zum Bepflanzen der Gruften sind zu haben in d. Gärtnerei
Emil Thilmer,
Iserlohnerstr. 4.

Schinken
6—9 Pfund schwer
per Pfund 17,50 M.
empfiehlt 2388
L. Weinberg.

Hoffmann's Zeit mit Bild
vernichtet verblüffend
Gedenkschrift
Bisher Rätsel, gerichtlos mit Kopfmasch-Tabletten! Packung f. eine Kur ausreichend M. 3.75 Vorzugspack M. 6 u. in rotgelb. Kart. in Apotheken und Drogerien.

Gummi-Mäntel
garantiert wasserdicht.
C. Rüter sen.
Münster i. W. 637

Lichtspiele und Varieté „Zum alten Rathaus"

Heute
Mittwoch abend 7½ Uhr:
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung
2376 U. a.
2 neue Possen, Schaunummer und humoristische Vorträge
Nach Schluss der Vorstellung:
TANZ.

Hotel Duisberg — Cafe-Restaurant.
Donnerstag, den 22. April, abends 7½ Uhr:
Militär-Streich-Konzert
der Kapelle des Reichswehr-Inf.-Regts. 103.
Anschliessend: TANZ. 2362
Eintritt 1,50 M. Eintritt 1,50 M.

Briefmarken-Alben
Buchhandlung Carl Braus
Schwerte (Ruhr).



P. Wemmetsdorf, Schneidermeister
Moltkestr. 40 Schwerte. Moltkestr. 40
Herren- und Damenschneiderei
Maßanfertigung Umänderungen
Wenden, Reparaturen etc.

2040
Eichengerbholz
(Stamm oder Scheit) 12 cm Zopf aufwärts
kauft laufend größere Posten waggonweise
zum Tagespreis, Bar gegen Duplikatfrachtbrief
Gebr. Müller, Akt.-Ges., Bentrop.

Homöopath. Kranken-Behandlung.
Sprechstunden von 9—12 und 2—5 Uhr
Sonnabend und Sonntags nur in dringenden Fällen
Elly Hensel, Hörde, Schulstraße 21.
Begl. Vertreterin der Falke-Heilweise



Schuhwaren. Maßarbeit und Reparaturen
liefert schnell, gut und billig Auf besonders eilige Arbeit kann gewartet werden
H. Hitzegrad, Schuhmachermeister
Senningsweg 26.

Ein treuer und vollständiger Ratgeber für jeden Garten ist das

Illustrierte Praktische Gartenbuch

11.—15. Tausend
mit 210 Abbildungen und 4 Plänen
Preis 6.60 Mk.

Das Buch will den Gartenfreund lehren, wie er seinen Garten in der rechten Weise ausnützen und bebauen kann, damit er vor Mißerfolgen bewahrt bleibt und Freude an seiner Arbeit findet.

Vorrätig in der
Buchhandlung Carl Braus
Schwerte (Ruhr).